

Positionspapier Jugendarbeitslosigkeit

Die Situation in Stadt und Kanton Zürich ist alarmierend. Tausende von Jugendlichen finden weder Lehrstelle noch Arbeitsplatz. Die Medien berichten wöchentlich über die prekäre Lage am Lehrstellenmarkt, während die Bürgerlichen weiterhin auf die Selbstregulierungskräfte des Marktes hoffen. Wir wollen nicht länger zuschauen, sondern konkrete Vorschläge vorlegen. Deshalb ist die Jugendarbeitslosigkeit ein wichtiges Thema für die JUSO – das vorliegende Positionspapier wurde anlässlich des Gemeinderatswahlkampfes 2006 in der Stadt Zürich ausgearbeitet.

1) Die Situation im Ausbildungsbereich

Die Folgen von Jugendarbeitslosigkeit

«Wer jung ist, dem steht die Welt offen». Auf dem Arbeits-, Lehrstellen- und Bildungsmarkt sieht die Realität jedoch anders aus.

Über 1'500 Personen unter 25 Jahren in der Stadt Zürich finden zurzeit keine Arbeit. Schweizweit sind es rund 25'000. Geht man davon aus, dass sich über die Hälfte der jungen Arbeitslosen nicht bei der Arbeitslosenkasse melden, muss mit über 50'000 arbeitslosen Jugendlichen gerechnet werden. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von mehr als 10%.

Die Erfahrung, nicht gebraucht zu werden, ist für Jugendliche besonders schlimm. Ein Zusammenhang zwischen der steigenden Zahl von jungen Erwerbslosen und der Zunahme der Jugendkriminalität ist nahe liegend. Fehlende berufliche Integration führt zu Perspektivlosigkeit. Keine Arbeit zu haben, bedeutet mehr als nur Ausgrenzung aus dem Produktionsprozess, bedroht ist der gesamte Lebenszusammenhang. Wem der Zugang zur Arbeitswelt verschlossen ist, für den bleiben auch andere Türen zu. Keine Arbeit heisst auch kein eigenes Einkommen, keine Anerkennung, keine Perspektiven. Arbeitslosigkeit ist meist mit einem Verlust sozialer Kontakte verbunden; soziale Isolation und ein wachsendes Gefühl der Hilflosigkeit und Ohnmacht sind die Folge. Nicht zuletzt ist es unwürdig, Menschen – dies gilt in besonderem Mass für Jugendliche – in die Sozialhilfe «abzuschieben».

Arbeit ist wichtig für die psychische Entwicklung aller Menschen:

- Bei der Arbeit werden nicht nur Güter produziert, oder Dienstleistungen erbracht. Man trifft andere Menschen, arbeitet mit ihnen zusammen und schliesst Freundschaften.
- Arbeit gibt einem das Gefühl, gebraucht zu werden und nützlich zu sein.
- Arbeit ist wichtig für die Orientierung des Menschen im Rahmen der Gesellschaft: Wer bin ich? Was kann ich? Wie kann ich etwas beitragen?
- Eine konkrete Arbeit auszuführen, Fähigkeiten und Kompetenzen zu besitzen, bilden eine wichtige Basis für die eigene Identität.

Arbeitslosigkeit führt häufig zu wirtschaftlicher Verarmung und sozialem Abstieg. Daneben kann Arbeitslosigkeit zu psychologischen und/oder gesundheitlichen Schäden führen:

- Vermehrte Suchtprobleme, Selbsttötungsversuche und Depressionen.
- Zunahme von Einlieferungen in psychiatrische Kliniken.
- Zunahme psychosomatischer Erkrankungen.
- Verschlimmerung einer Vielzahl psychischer Störungen.
- Abnahme des Selbstvertrauens, des Selbstwertgefühls und des Vertrauens gegenüber Mitmenschen.

Neben dem individuellen Schicksal von Jugendlichen wirkt sich eine hohe Jugendarbeitslosigkeit negativ auf die Gesamtgesellschaft aus. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich Jugendliche ohne Ausbildungsplatz nie richtig in den Arbeitsprozess integrieren können, ist hoch. Sie müssen sich mit Aushilfsjobs durchs Leben schlagen oder werden von staatlicher Fürsorge abhängig. Die daraus resultierenden niedrigen Erwerbseinkommen ermöglichen, wenn überhaupt, nur einen bescheidenen Lebensstandard. Diese Menschen können sich kaum eine individuelle Altersvorsorge (3. Säule) leisten. Auch liegt ihr Einkommen oftmals unter dem gemäss BVG (Gesetz über die berufliche Vorsorge, 2. Säule) versicherten Lohn. Ihre Beiträge zur Finanzierung der AHV (1. Säule) sind zu gering, um die demografischen Entwicklung auszugleichen. Es ist eine Tatsache, dass in Zukunft immer weniger Erwerbstätige für die Finanzierung der Renten aufkommen müssen. Zur Sicherung der Sozialwerke müssen die Erwerbseinkommen im Durchschnitt stärker steigen als die Teuerung. Dies wird kaum der Fall sein, wenn eine ganze Generation vom Arbeitsprozess ausgeschlossen oder ungenügend in diesen integriert wird.

2) Ungleiche Bildungschancen: Nationalität, Klasse, Geschlecht

Die Schule ist wichtig für die Sozialisation. Hier erwerben Kinder neben Qualifikationen auch Werte und Normen. Die Schule entscheidet somit in erheblichem Ausmass über die Zuteilung von Ausbildungs- und Karrieremöglichkeiten. Trotz aller Versprechen und Bemühungen sind die Bildungschancen weiterhin ungleich verteilt. Diskriminierungen aufgrund von Nationalität, Klasse und Geschlecht verhindern den gleichberechtigten Zugang von Jugendlichen zu allen Stufen der beruflichen und schulischen Ausbildung.

Diskriminierung von MigrantInnen

In der Schweiz leben circa 1.4 Mio. AusländerInnen. Dies entspricht einem Bevölkerungsanteil von etwa 20%. Viele MigrantInnen gehören bereits der zweiten und dritten Generation an. In der Stadt Zürich sind beispielsweise rund 40% aller SchülerInnen ausländischer Herkunft, in der gesamten Schweiz sind es ungefähr 20%. Diese ausländischen Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf eine möglichst gute Ausbildung. Dies liegt auch im Interesse von Gesellschaft und Wirtschaft. Die Schule muss ihren Beitrag zum Zusammenleben und gegenseitigem Respekt zwischen der Mehrheit und den verschiedenen Minderheiten leisten.

Doch hat unsere Gesellschaft trotz vielfältiger Fördermassnahmen Probleme, fremdsprachige Kinder zu integrieren. Ihre Schulerfolge liegen unter dem Durchschnitt. Nicht nur die Leistungen der neu immigrierten Kinder (so genannte SeiteneinsteigerInnen), sondern auch die Leistungen derjenigen, die in der Schweiz geboren sind und mehrsprachig aufwachsen, sind ungenügend. Dies, obwohl sich der Anteil fremdsprachiger Kinder an den Schulen in den letzten Jahren nicht erhöht hat. Diese Entwicklung muss mit einer härteren Selektion der zweisprachigen Kinder zusammenhängen. Ihr Anteil in Sekundarschule A und Gymnasium ist weniger als halb so hoch als derjenige Schweizer Jugendlicher. Die Erfahrung zeigt beispielsweise, dass Migrationskinder für dieselben Leistungen mit bis zu einer halben Note tiefer bewertet werden und in den Sonderklassen massiv übervertreten sind. So beträgt im Kanton Zürich der Anteil der Ausländerinnen im Schultyp mit dem tiefsten Anforderungsniveau (sogenannte Oberschule) 67%, während nur etwa 24% die Sekundarstufe I absolvieren.¹

¹ Vgl. Kronig et al., 2000; S. 42; Moser und Rhyn, 1997, S. 42.

Dies hat nicht zuletzt mit strukturellen Hindernissen im Schulbereich zu tun. Beispielsweise sind Minderheiten im Lehrkörper kaum vertreten. Dasselbe gilt für die Schulpflege. Hinzu kommen Diskriminierungen von MigrantInnen in Lehrplänen und Lehrmitteln sowie eine Selektion aufgrund des verallgemeinernden Kriteriums „Sprachkenntnis“. Damit ist gemeint, dass ungenügende Deutschkenntnisse stärker negativ gewichtet werden als beispielsweise eine gute Note in Mathematik positiv gewertet wird.

Die Analyse zeigt: Chancengleichheit ist noch weit entfernt. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Jugendlicher mit Schweizer Staatsbürgerschaft seine Wunschausbildung machen kann, ist dreimal höher als bei einem fremdsprachigen Jugendlichen mit gleichen Kompetenzen. Nicht nur in der Schule, auch auf dem Lehrstellen- und Arbeitsmarkt ist die Diskriminierung offensichtlich. Schon ein fremdländisch klingender Name führt zu Benachteiligungen, unabhängig vom Leistungswillen.² Diese diskriminierende Tendenz schlägt sich auch in den Statistiken nieder. Während von den jungen Schweizerinnen und Schweizer mehr als 80% eine Lehrstelle haben, sind es bei den Migrantinnen und Migranten nur die Hälfte.

Soziale Herkunft und ungleiche Bildungschancen³

Kinder aus sogenannten bildungsfernen Schichten haben schlechtere Karten für ihre Schullaufbahn – weitgehend unabhängig von ihrer Intelligenz, ihren Fähigkeiten und ihren Interessen. Dies bestätigen die PISA-Folgestudien. Doch sozialer Aufstieg ist nur dann möglich, wenn nicht die Herkunft, sondern die Fähigkeiten zählen. Wer keine Perspektiven hat, wird nicht viel in seinen schulischen und beruflichen Erfolg investieren. Es lohnt sich also sowohl aus der Sicht der betroffenen Kinder und Jugendlichen als auch aus der Perspektive der Gesellschaft, alles daran zu setzen, um Chancengleichheit zu erreichen.

Die soziale Herkunft hat nach wie vor grosse Auswirkungen auf die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen. Dies gilt besonders im Bereich der nachobligatorischen Ausbildung. In der Schweiz treten beispielsweise über 50 Prozent der Jugendlichen aus der Oberschicht ins Gymnasium über, jedoch weniger als zehn Prozent der Jugendlichen aus den unteren Schichten. Auch der Schultyp, der am Ende der obligatorischen Ausbildung besucht wurde, spielt für die nachobligatorischen Bildungschancen eine wichtige Rolle. Bei vergleichbarer Leistung ist die Chance, eine Lehre mit hohem Anspruchsniveau oder eine weiterführenden Schule anfangen zu können, für SchülerInnen der Sekundarschule und des Progymnasiums zwei bis vier mal höher als für Real- und OberschülerInnen.

² Wie gross diese sind, zeigt ein Experiment, das Fachleute des Schweizer Forums für Bevölkerungs- und Migrationsstudien im Jahr 2004 durchführten: Sie wählten 800 Stellenanzeigen aus und schickten 2500 fiktive Bewerbungen. Die Absender trugen je zur Hälfte einheimische und fremdländisch klingende Namen. Alle Bewerber hatten soeben ihre Lehre mit einem eidgenössischen Fachausweis abgeschlossen: Noten, Arbeitszeugnisse und Lebenslauf waren gleichwertig. Das Resultat der Studie ist erschreckend: Die Bewerber mit ausländischen Namen wurden klar benachteiligt. Viele ihrer Bewerbungen blieben unbeantwortet oder sie erhielten eine Absage, ohne dass sie zu einem Gespräch eingeladen wurden. Einige von ihnen wurden auf unbestimmte Zeit vertröstet.

³ Quellen:

www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/bildung_und_wissenschaft/bildung/bildungsstand/medienmitteilungen.Document.25206.html+ungleiche+Bildungschancen&hl=de.

Widerspruch 33 (Beiträge zur sozialistischen Politik): Bildung, Schule, Arbeit, Juli 1997.

www.jfehr.ch/documents/Artikel/Familienpolitik/FolgestudienPISA_GastartikelAZ2003.pdf+ungleiche+Bildungschancen&hl=de.

Geschlechtsspezifische Diskriminierung

In Schule und Berufsbildung haben Mädchen und junge Frauen noch immer nicht die gleichen Chancen wie männliche Jugendliche. Der Schulunterricht trägt häufig vermehrt den Interessen und Bedürfnissen männlicher Jugendlicher Rechnung, Lehrmittel zeigen weiterhin stereotype Rollenbilder. Um die Chancengleichheit in der Schule zu verwirklichen, müssen Unterricht und Lehrmittel vielfältige Identifikationsmöglichkeiten und Vorbilder bieten. In bestimmten Fächern – Naturwissenschaften, Mathematik, Informatik – soll zeitweise geschlechtergetrennter Unterricht möglich sein. Dieser ist nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung zur Koedukation zu betrachten.

Auch in der Berufsbildung haben weibliche Jugendliche nicht dieselben Chancen. Mädchen wählen durchschnittlich aus einem kleineren Spektrum von Berufen als Jungen. Nach wie vor entscheidet sich eine Mehrheit für sogenannte Frauenberufe, in denen die Löhne vergleichsweise niedrig und die Aufstiegschancen beschränkt sind. Projekte, die junge Frauen und Männer bei einer nicht-stereotypen Berufs- und Ausbildungswahl unterstützen, sind deshalb zu begrüssen.

Fazit

Das Bildungssystem verhält sich gegenüber sozialen Herkunftsmerkmalen der SchülerInnen nicht neutral. Sprachliche Barrieren, kulturelle Schranken, schicht- sowie geschlechtsspezifische Erziehungsvorstellungen sind dafür verantwortlich, dass MigrantInnen, Kinder und Jugendliche aus sogenannten bildungsfernen Schichten sowie Mädchen nicht dieselben Chancen haben wie andere Jugendliche. Diskriminierungen aufgrund von Nationalität, Klasse und Geschlecht können sich auch gegenseitig überlagern und verstärken. Bestimmte Gruppen von Kindern und Jugendlichen haben deshalb von Anfang schlechtere Karten als andere.

3) Aktuelle Entwicklungen und Kommentar

Lehrstellensuche

Im Schulbetrieb wird im Rahmen der Berufsberatung mit den Jugendlichen abgeklärt, für welche Lehrstellen sie sich interessieren und geeignet sind. Ausserdem werden sie auch bezüglich Bewerbungsschreiben und Bewerbungsgesprächen beraten, und es werden Listen mit offenen Lehrstellen sowie Verzeichnisse von Firmen, bei denen man sich bewerben kann, verteilt. Zudem besuchen viele Schüler im Rahmen des Unterrichtes die Berufsmesse und können sich dort über verschiedene Berufe informieren.

Das Sozialdepartement stellt eine Liste mit Adressen zur Verfügung, wohin sich Jugendliche für Unterstützung bei der Suche nach einer Lehr- oder Arbeitsstelle wenden können ("Hilfe zur Selbsthilfe"). Darunter befinden sich viele Gemeinschaftszentren, welche Jugendlichen Computer zur Verfügung stellen und wo sie Hilfe beim Verfassen von Bewerbungsschreiben erhalten können. Zusätzlich bietet das Sozialdepartement eine kostenlose Schreibwerkstatt an, wo man lernt, Lebensläufe und Bewerbungen zu verfassen. Auch existieren Jobvermittlungen für Jugendliche, welche bei der Suche nach Freizeitjobs oder kleineren Aufträgen helfen.

Fazit: Die Qualität der Berufsberatung ist wichtig, da sie (neben der Unterstützung durch die LehrerInnen) bei der Lehrstellensuche im Zentrum steht. Sie muss ausgebaut werden, damit Jugendliche individuell beraten werden können, und nicht bloss Eignungstests ausfüllen. Schule und Berufsberatung müssen vermehrt auf das vorhandene Angebot aufmerksam machen.

Übergangslösungen

Es gibt in einigen Berufen die Möglichkeit eines einjährigen Praktikums (vier Tage Arbeit, ein Tag Schule). Daneben existieren verschiedene Formen des 10. Schuljahrs sowie spezielle schulische Angebote für MigrantInnen, welche noch nicht lange in der Schweiz leben. Die verschiedenen Angebote decken die Nachfrage jedoch bei weitem nicht.

Fazit: Übergangslösungen sind sinnvoll, weil die Jugendlichen dadurch eine Tagesstruktur erhalten und durch die zusätzliche Ausbildung ihre Chance auf eine Lehrstelle verbessern können. Problematisch ist jedoch, dass gewisse Lehrmeister nun ein 10. Schuljahr oder Praktikum voraussetzen. Auch können Übergangslösungen das Lehrstellenproblem nicht lösen, weil im darauffolgenden Jahr sowohl AbgängerInnen der Oberstufe als auch AbsolventInnen des Zwischenjahrs auf den Lehrstellenmarkt drängen. In erster Linie muss deshalb die Anzahl Lehrstellen erhöht werden.

Stellensuche nach der Lehre

Für die erste Stellensuche nach der Lehre fehlen spezifische Angebote. Zuständig ist – wie für andere Erwerbslose – das RAV (Regionales Arbeitsvermittlungszentrum). Wer sich für eine Weiterbildung interessiert, kann sich an das Berufs- und Laufbahnzentrum wenden, welches jedoch neu (seit Mai 2005) auf Druck des Kantons Zürich für über 20jährige kostenpflichtig ist (je nach gewähltem Angebot zwischen 80 bis 175 Franken pro Stunde), wobei das RAV in einigen Fällen die Kosten übernehmen kann.

Fazit: Spezielle Beratung, um nach der Lehre eine erste Stelle zu finden, ist notwendig. Dass die Laufbahnberatung neu kostenpflichtig ist, wirkt abschreckend und ist kontraproduktiv.

4) Forderungen

Jeder Mensch hat ein Recht auf Arbeit und Ausbildung. Dies beinhaltet für Jugendliche das Recht auf eine Lehrstelle oder eine andere, gleichwertige Ausbildung. Grundsätzlich gilt, dass das Lehrstellenangebot stark erhöht werden muss, damit alle Jugendlichen eine Ausbildung absolvieren können. Diskriminierungen aufgrund von Nationalität, Klasse und Geschlecht sind zu bekämpfen.

Lehrstellensituation

- Die JUSO fordert im Kanton Zürich ein «Bonus-Malus-System» (Umlagefinanzierung), das ausbildende Betriebe belohnt. Betriebe, die nicht ausbilden, müssen in einen Fonds einzahlen, mit dem neue Lehrstellen finanziert werden.
- Falls das private Angebot an Lehrstellen nicht ausreicht, müssen staatliche Lehrwerkstätten geschaffen werden.
- Lehrverbände zwischen Firmen sind zu unterstützen.
- Angehende Lehrlinge müssen von der Oberstufe besser unterstützt werden (Schnupperwochen, Berufsmessen, Verfassen von Lebensläufen und Bewerbungen).
- Die Kommunikation zwischen den Lehrbetrieben und den Berufslaufbahnzentren muss verbessert werden.
- Austauschprogramme mit dem Ausland sind zu fördern. Es müssen Stipendien zur Verfügung gestellt werden.

- Die Ansprüche an die angehenden Lehrlinge dürfen nicht weiter erhöht werden. Die Lehrbetriebe sollen darin unterstützt werden, auch schwächeren SchülerInnen eine Chance zu geben. Dies gilt auch für körperlich und geistig behinderte Jugendliche.
- Kostenpflichtige Aufnahmetests und Schnupperlehren lehnen wir prinzipiell ab.

Berufsleben

- Die staatlich unterstützten Ausbildungsprogramme (Praktika, Austauschprogramme, Sprachschulen, Informatikkurse, etc.) sind auszuweiten.
- Die Arbeitsmarktdienstleistungen müssen verbessert werden. Dazu gehören beispielsweise eine individualisiertere Betreuung beim RAV oder jugendspezifische Kursangebote. Die Kommunikation zwischen Stellenanbietenden und RAV muss verbessert werden. Allgemeine müssen mehr Informationen allgemein zugänglich gemacht werden (eine Möglichkeit wäre eine Homepage mit Stellenangebote für LehrabgängerInnen).
- Förderung der Berufsmaturitätsschule von Seiten der Stadt (durch Broschüren, Stipendien) als auch durch die Wirtschaft: JedeR, der/die Berufsmaturitätsschule machen will, muss die Gelegenheit dazu erhalten.
- Beseitigung staatlicher Hemmnisse: Ziel ist ein freier «Bildungs-Binnenmarkt» mit schweizweit anerkannten Diplomen und kantonsübergreifenden Stellenmärkten.
- Projekte wie «login» (Ausbildungsverband von Unternehmen des öffentlichen Verkehrs) oder die «Job Factory Basel AG» sind zu unterstützen.⁴ Solche Projekte gewährleisten eine breite Palette von Ausbildungs- und Qualifikationsmöglichkeiten.

Sommer 2005

Deniz Cetin, Sylvie Fee Michel, Caroline Morand, Silvana Naef

⁴ «login» ist der Ausbildungsverband der Unternehmen des öffentlichen Verkehrs. Seit der Gründung im Jahr 2002 bietet «login» für mehr als 1'200 Jugendliche Lehrstellen in verschiedenen Berufen an. Die «Job Factory Basel AG» wurde im Juni 2000 gegründet und beschäftigt zur Zeit über 70 MitarbeiterInnen in fünfzehn Geschäftsbereichen. Seit der Gründung wurden über 100 Arbeitsplätze für junge Menschen geschaffen.